Zeitschrift: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 23 (2008)

Artikel: Einleitung : Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege : Forschungsperspektiven und Untersuchungsfelder

Autor: Tanner, Jakob / Groebner, Valentin / Guex, Sébastien

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-871825

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jakob Tanner, Valentin Groebner, Sébastien Guex

Einleitung: Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege

Forschungsperspektiven und Untersuchungsfelder

Raimondo Montecuccoli (1609–1680) wird die Maxime zugeschrieben: «Zum Kriegführen sind drei Dinge notwendig: erstens Geld, zweitens Geld und drittens Geld.» Ob, wann und wie genau dieser Diplomat und Feldherr, der zudem einer der bedeutendsten Militärtheoretiker und -schriftsteller des 17. Jahrhunderts war, diese Erkenntnis formulierte, ist umstritten; doch hier gilt: «Se non è vero, è ben trovato.» Denn im Zuge der Territorialstaats- und der Nationalstaatsbildung, die mit zunehmend intensiveren militärischen Auseinandersetzungen einhergingen, wurde die Frage der Kosten des Kriegs in Europa – und nicht nur hier – immer drängender, dies sowohl in Bezug auf die Ernährung und den Unterhalt grosser Heere wie auch im Hinblick auf seine Finanzierung durch die kriegführenden Potentaten. Gleichzeitig bot der Gewalteinsatz unterschiedlichsten halb- und nichtstaatlichen Akteuren politische und wirtschaftliche Chancen. Die Verbindung von Geld und Krieg erweist sich als weit facettenreicher, als dies ein nationalstaatlich eingeschränkter Blick vermittelt. Während Staatsbildungsprozesse in der europäischen Perspektive auf die monopolistische Kontrolle von Gewaltgebrauch abzielten, eröffneten die Entfaltung von Märkten und die koloniale Expansion im Weltmassstab immer wieder neue Räume für private Gewaltunternehmer und Anbieter militärischer Dienstleistungen, deren Erfindungsreichtum die vielleicht einzige Konstante in dieser Geschichte darstellt.

Krieg und Wirtschaft: «lange Dauer» und Konstellationsveränderungen

Obwohl die Wirtschaft für die Kriegsführung schon immer wichtig war, veränderten sich die Wechselwirkungen zwischen organisierter Gewalt und dem Einsatz materieller und menschlicher Ressourcen signifikant. Das sich entfaltende Marktsystem hatte nicht nur einen zunehmenden Einfluss auf die Entwicklung der Waffentechnologie und die Rüstungsproduktion; vielmehr wurden dadurch die Formen und Methoden

der Mobilisierung von Material und Menschen zum Zwecke der Kriegsführung auf neue Grundlagen gestellt. Die sich formierenden Territorial- und – seit dem 19. Jahrhundert – Nationalstaaten stellten sich auf unterschiedliche Weise auf diesen Wandel ein. Die fortschreitende Verstaatlichung des Kriegs, wie sie sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert konstatieren lässt, lief parallel mit der Bürokratisierung staatlichen Handelns, mit dem Aufbau von Militärorganisationen sowie Steuersystemen und mit dem Versuch, die Industrialisierung sowie Technisierung des Kriegs zu fördern und die darin angelegten Möglichkeiten zu nutzen. Diese Tendenzen zielten nicht nur auf das «Kerngeschäft» der Kriegsführung, die organisierte Gewaltanwendung auf Schlachtfeldern, sondern hatten vielfältige Rück- und Nebenwirkungen, die sich bei der Organisation der Kriegswirtschaft ebenso zeigten wie bei der Planung und Durchführung von Wirtschaftskriegen. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts stellten eine in vielen Aspekten totale Verdichtung dieser Entwicklungen dar; seit dem Ende des Kalten Kriegs lässt sich die Herausbildung eines neuen Typus des Kriegs und der Kriegswirtschaft beobachten, der durch staatliche Fragmentierungsphänomene, durch neue Rekrutierungs- und Finanzierungsformen sowie durch eine neue Waffenverwendung charakterisiert ist.

Der vorliegende Sammelband, der aus der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte hervorgegangen ist, fokussiert auf den Zusammenhang zwischen Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriegsführung. Aus verschiedener Perspektive werden die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Krieg sowie zwischen Markt und Militär analysiert. Während der Begriff der Kriegswirtschaft sich auf die Vorkehrungen eines Staats oder einer Militärmacht bezieht, welche die Fähigkeit, die militärische Auseinandersetzung für sich zu entscheiden, innerhalb des kontrollierten Gebiets oder im Innern eines Landes erhöhen soll, zielt der Begriff der Wirtschaftskriegsführung auf Massnahmen, die sich gegen den militärischen Gegner richten und diesen im neuralgischen Bereich des Nachschubs mit Rohstoffen und der Versorgung mit Lebensmitteln treffen sollen. Einer gut organisierten Kriegswirtschaft kommt insbesondere die Aufgabe zu, die Auswirkungen der unvermeidbaren ökonomischen Desorganisationseffekte einer militärischen Konfrontation und der absichtsvollen Blockadepolitik zu vermindern und das Funktionieren des industriellen Produktionssystems auch unter erschwerten Bedingungen zu gewährleisten. Aufgrund dieser Interdependenz wirtschaftlicher Kriegsführung und kriegswirtschaftlicher Organisation lassen sich historisch vielfältige Parallelen zwischen den beiden Bereichen feststellen; in den «totalen Kriegen» der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickelten sie sich geradezu in einem Konkurrenzverhältnis zueinander.

Trotz dieser engen Wechselwirkungen ist es sinnvoll, die beiden Problemfelder analytisch zu trennen. Es lassen sich für das 19. und 20. Jahrhundert vier grosse Themenkomplexe unterscheiden. *Erstens* geht es um das Spannungsfeld von natio-

nalstaatlicher Militärmacht und internationalen Rüstungsmärkten. In einer Zeit, in der Staaten gegeneinander rüsteten, wurden grenzüberschreitende Waffenlieferungen politisiert und zum Bestandteil gesetzlicher Regulierungen. Dabei verschränkten sich machtpolitische Überlegungen mit humanitären; es sollte nicht nur eine Beeinträchtigung der eigenen militärischen Stärke durch Rüstungsverkäufe ins Ausland verhindert werden, sondern auch, dass skrupellose Waffenhändler Kriege rund um die Welt für Geschäfte nutzen konnten. Der Trend hin zu Waffenausfuhrbeschränkungen und zur staatlichen Kontrolle des Handels mit Rüstungsgütern lässt sich europaweit beobachten. Über diese permanent sich stellende Aufgabe hinaus sind *zweitens* wirtschaftliche Aspekte der Kriegsführung zu untersuchen. Ist ein Krieg einmal ausgebrochen, stellen ökonomische Massnahmen ein integrales Element dar. Blockade und Gegenblockade, das Requirieren sowie das «Einfrieren» von Vermögenswerten im eigenen Machtbereich sowie das strategische Bombardement von Industriezentren des Gegners gehören neben andern Massnahmen wie der «Taktik der verbrannten Erde» zum Repertoire dieser Wirtschaftskriegsführung. *Drittens* kommt die Kriegswirtschaft, das heisst die staatlich geplante Ressourcenbewirtschaftung auf nationaler oder Allianzebene, ins Blickfeld. Rohstoffe und Konsumgüter wurden einer strengen Bewirtschaftung unterzogen; auf den Finanzmärkten lässt sich eine Funktionalisierung auf die Ziele der Kriegsführung feststellen. *Viertens* stehen langfristige, über die Zeit des Kriegs hinausreichende Veränderungen zur Diskussion; ist der Krieg, wie immer wieder behauptet wird, auch in wissenschaftlich-technologischer Hinsicht der «Vater aller Dinge» oder lässt sich eher ein «trade-off» zwischen Rüstungsinvestitionen und wirtschaftlichem Wachstum konstatieren?

Die vielfältigen Facetten der Problematik werden in den zwei Überblicksbeiträgen (Wolfgang Kaiser und Gerald Feldman) sowie 13 weiteren Aufsätzen des Sammelbandes mit wirtschafts-, sozial- und kulturhistorischen Ansätzen untersucht. «Wirtschaft» wird dabei nicht als isolierter Bereich der Gesellschaft verstanden, sondern als Handlungsfeld analysiert und als Bedeutungskontext begriffen, der eng mit der soziokulturellen Textur des Alltagslebens verwoben ist und einen wichtigen Einfluss auf staatliche Strukturbildung sowie politische Entscheidungsprozesse hat. Zeitlich weisen die Texte eine grosse Spannweite auf, die vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert reicht. Eine solche Konzeption bietet die Chance, Phänomene von «langer Dauer» ins Blickfeld zu bekommen und den Wandel der Semantik von Begriffen zu untersuchen. Diskontinuitäten und Brüche lassen sich überhaupt erst fassen, wenn ein Untersuchungszeitraum gewählt wird, der über eine kurze Phase hinausgeht, in der die Dinge leicht ähnlich erscheinen mögen. Das Problem eines solchen Vorgehens besteht darin, dass kurzschlüssige Argumentationen vermieden werden müssen. So ist es irreführend, von einer ahistorischen Konzeption von «Krieg» ausgehend, bloss den Form- und Funktionswandel dieses Phänomens beschreiben zu wollen. Kriegs-

führung im Mittelalter lässt sich nicht umstandslos in Kategorien einer Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts begreifen; zu sehr verschoben sich nicht nur die Gewaltmuster, sondern auch die politischen Organisationsformen und die Deutungskulturen. Moderne Kriege sind organisierte, mit Waffengewalt ausgetragene Machtkonflikte zwischen Völkerrechtssubjekten – also Staaten – oder zwischen Gruppen innerhalb staatlich organisierter Gesellschaften. Diese Beschreibung und Erklärung von Kriegen ist sehr voraussetzungsvoll. Sie lässt sich auf vormoderne Gesellschaften kaum anwenden. Sie ist gebunden an die Ausdifferenzierung einer politischen Sphäre, in der souveräne Staaten das Monopol in der Ausübung der physischen Gewalt beanspruchen und nach einer spezifischen, durch diplomatische Beziehungen geregelten Logik miteinander interagieren.
Ebenso problematisch ist die Argumentationsfigur der «Wiederkehr» vergangener Elemente, wie sie etwa mit der Formulierung der «Wiederkehr der Söldner» vorliegt. Es ist wohl sinnvoll, langfristige, gerichtete Entwicklungen zu identifizieren und davon auszugehen, dass zwischen dem 14. und 18. Jahrhundert eine vorstaatliche, von Kriegsunternehmern und Söldnerheeren dominierte Kriegsführung zunehmend einer Verstaatlichung der Kriegsführung weichen musste. Der Staat vermochte seine komparativen Vorteile im Einsatz von Gewaltmitteln gegenüber privaten Kriegsunternehmern, Piraten und weiteren gewaltbasierten Organisationen, auszubauen und sich im 19. Jahrhundert geradezu ein Monopol in der Kriegsführung zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund den Schluss zu ziehen, dass die vielen heutigen Gesellschaften seit der Wende zum 21. Jahrhundert daran sind, wieder in die europäischen Zustände vor dem Westfälischen Frieden von 1648 zurückzukehren, führt demgegenüber auf den analytischen Holzweg. Durchaus auftretende Ähnlichkeiten müssen in andern Kategorien als jener einer «Rückkehr» beschrieben und erklärt werden; Voraussetzung dafür bildet ein Sensorium für das «Fremde» der vormodernen Kriege und eine Fähigkeit zur angemessenen Modifikation von Begriffen und Konzepten über einen längeren historischen Zeitraum hinweg.

Wirtschaft und Krieg: Grundlinien der europäischen Entwicklung

Ausgehend von solchen methodologischen Überlegungen zu einer den historischen Tiefenraum auslotenden Geschichtsschreibung lässt sich feststellen, dass es bereits im mittelalterlichen Europa zahlreiche Wechselbeziehungen zwischen bewaffneten Kräften, befestigten Machtzentren und knappen wirtschaftlichen Ressourcen gab. Die aufkommenden Territorialstaaten bauten in diesem strategischen Feld ein neues Dispositiv auf, in dem sie ihre Kontrollansprüche erweiterten. Die im 16. Jahrhundert einsetzende merkantilistische Wirtschaftspolitik war auf die Vergrösserung des

staatlichen Reichtums angelegt – ihre Ultima Ratio war die Kriegsführung. Die Formierung der Staatsgewalt, die Stärkung der staatlichen Souveränität nach innen und der Aufbau eines fiskalischen Abschöpfungssystems hatten den Aufbau von Militärapparaten, von gut gerüsteten stehenden Heeren, zum Korrelat. Die notorische Finanzknappheit der absolutistischen Machtstaaten verstärkte zugleich die Abhängigkeit politischer Ziele und militärischer Strategien von privatunternehmerischen Kalkülen. Die Kommerzialisierung der organisierten Gewaltausübung, die in den oberitalienischen Städten mit den Söldnerheeren der Condottieri nach 1300 ihren Anfang nahm, verallgemeinerte sich. Der Dreissigjährige Krieg (1618–1648) verhalf einflussreichen Figuren wie Albrecht von Wallenstein (1583–1634) zum Durchbruch. In Wallenstein verschmolzen militärische und kommerzielle Einstellungen und er betrieb den Krieg auf virtuose Weise als Spekulationsunternehmen. Der aus dieser Zeit stammende Spruch «Der Krieg ernährt den Krieg» bringt nicht nur die Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen durch die zahlreichen bewaffneten Protagonisten, sondern auch die Ausplünderung der wirtschaftlichen Ressourcen durch die immer zahlreicher werdende Soldateska auf den Punkt. Der Westfälische Friede von 1648, der einen Schlussstrich unter 30 Jahre organisiertes Morden zog, war in diesem Sinn auch ein Erschöpfungsfrieden.

Während eine traditionelle Sichtweise die Emergenz eines internationalen Staatensystems an diesem Ereignis von 1648 festmacht, gehen alternative Deutungen davon aus, dass sich die Konstellation eines solchen «Mächtegleichgewichts» erst seit dem 18. Jahrhundert abzeichnete und erst im 19. Jahrhundert voll einspielte. In den Jahrzehnten nach 1800 ist jedenfalls eine Politikkonzeption greifbar, die Clausewitz aus einer etatistischen Perspektive zur einschlägigen Bemerkung anregte, der Krieg sei die «Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln»; in den 1970er-Jahren sollte dann Michel Foucault umgekehrt von der Politik als einer «Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln» sprechen und damit die kriegerische Gewaltproblematik in eine Genealogie moderner Territorialstaatlichkeit rücken. Für diese Argumentationsmuster ist die metaphorische Figur des Leviathan entscheidend: aus dem «Krieg aller gegen alle» entstand eine weitgehend befriedete bürgerliche Gesellschaft, basierend auf einer polaren Struktur mit einem gewaltmonopolistischen Souverän auf der einen Seite und der Masse der friedlichen Bürger auf der anderen. Mit der Verstaatlichung des Kriegs durch den absolutistischen Staat und der Aufstellung stehender Heere wurde die Bedeutung privater Kriegsunternehmer und sich selbst «versorgender» Armeen zurückgedrängt. In der Praxis war die etatistische Kontrolle dieses Bereichs allerdings nie vollständig. Plünderungen, Belagerungen, Requisitionen, Blockaden, Embargos und Sequestrierungen stellten Formen informeller Kriegsökonomie dar, die nicht nur für die staatliche Finanzierung des Kriegs, sondern auch für die direkte Eigenversorgung von Heeren wie auch für staatliche Finanzierungsprobleme wichtig blieben.

Nach der Französischen Revolution wurden die männlichen Bevölkerungen im Zuge des «nation building» nach dem Modell der «levée en masse» mobilisiert und militarisiert; es brach die Zeit der nationalstaatlich legitimierten «allgemeinen Wehrpflicht» und der «Volksheere» an. Zugleich dynamisierte der Industrialisierungsprozess die wirtschaftlichen Bedingungen der Kriegsführung. Es spielte sich eine neue Synergie zwischen Fabrikindustrie, Technisierung des Kriegs und kolonialer Ausbeutung ein. Die Entfaltung militärischer Macht war nun an den Aufbau einer leistungsfähigen Industrieproduktion und an die Fähigkeit, technologische Entwicklungen zu kommandieren, gebunden. Die liberale Weltwirtschaft, die auf dem Prinzip des Laisser-faire basierte, wurde weit stärker von den Aspirationen imperialistischer Machtstaaten beherrscht, als es der Blick auf Freihandel und internationalen Goldstandard suggeriert. Im Ersten Weltkrieg verdichteten sich Tendenzen, die sich bereits im Krimkrieg von 1854 und im amerikanischen Sezessionskrieg abgezeichnet hatten: die militärischen Auseinandersetzungen wuchsen durch «Abnutzungsstrategie» und «Materialschlachten» zu einem Produktionskrieg aus, der die ganzen Volkswirtschaften umfasste und bis zur ökonomischen Erschöpfung geführt wurde. Damit verbunden war ein drastischer Schwund der Loyalität breiter Bevölkerungsschichten gegenüber ihren Regierungen und eine Verhärtung der klassenkämpferischen Konfrontation. Die «Dolchstosslegende», wie sie in Deutschland nach 1918 nicht nur in revanchistisch-rechtsnationalen Kreisen kursierte, war eine verschwörungstheoretische Reinterpretation der Auswirkungen gravierender wirtschaftlicher Probleme, die durch den Krieg verursacht worden waren.

Im «grossen Krieg», wie der Erste Weltkrieg, diese «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» zunächst bezeichnet wurde, trug man die Laisser-faire-Ideologie bereits wieder zu Grabe. In den kriegführenden Ländern Europas, vor allem in Deutschland, erhielt die Kriegswirtschaft Modellcharakter für einen wirtschaftspolitischen Nationalismus. Die Vorstellung einer Planwirtschaft, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts weltweit grosse Resonanz fand, wurde in diesem Kontext entwickelt. Sie führte in der Sowjetunion ab Ende der 1920er-Jahre zum über ein halbes Jahrhundert dauernden Gesellschaftsexperiment einer Nichtmarktwirtschaft und inspirierte in der grossen Depression der 1930er-Jahre auch in kapitalistischen Industrieländern eine aktive staatliche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik im nationalen Rahmen. Der Zweite Weltkrieg hatte in allen europäischen Ländern den Auf- und Ausbau kompakter und differenzierter Kriegswirtschaftssysteme zur Folge, die vor der Negativfolie der sozialen Zerrüttung der Jahre 1914–1918 positiv bewertet wurden. Wichtige Debatten, die in der Geschichtswissenschaft um die Herrschaft des Nationalsozialismus geführt werden, beziehen sich auf die Frage, welche Konsequenzen die Aufrüstung nach 1933 beziehungsweise 1936 und die Kriegsführung nach 1939 auf die Versorgung der deutschen Bevölkerung hatten. Es gibt auch anhaltende Historikerkontroversen um die Auswirkungen der

deutschen Kriegswirtschaft auf den langfristigen Wachstumspfad der Volkwirtschaft in der DDR und in der BRD.
In der Nachkriegszeit wurde die nationale Orientierung der Wirtschaftspolitik mit Verstaatlichungsprogrammen und dem Aufbau des Wohlfahrtsstaats unter neuen, nun nicht mehr wirtschaftsautarken Vorzeichen fortgesetzt. Mit dem Kalten Krieg entstand seit den ausgehenden 1940er-Jahren ein bipolares Weltsystem mit einem permanenten globalen Rüstungsprozess, der den Anteil des Militärbudgets am Staatshaushalt der beiden Supermächte auf ein präzedenzloses Niveau hochtrieb. Das Ende des Kalten Kriegs beziehungsweise die Implosion der zentral verwalteten Planwirtschaften des «Ostblocks» und der Sowjetunion in den Jahren 1989–1991 verstärkte die schon in den 1980er-Jahren feststellbare Offensive des Neoliberalismus und den Zusammenbruch staatlicher Organisationsformen. Die forcierte Kritik am überbordenden Staatsinterventionismus fiel zeitlich zusammen mit einer Phase «neuer Kriege», die durch das Auftreten neuer Gewaltakteure (paramilitärische Gruppen, Bürgerwehren, ausländische Söldner, private Sicherheitskräfte, nichtstaatliche Militärfirmen et cetera) und durch neue Einsatzformen regulärer Streitkräfte charakterisiert sind und die «als eine Form militärischer Abfallentsorgung» betrachtet werden können. Gleichzeitig zeichnet sich in der Globalisierung der Märkte für Rüstungsgüter und der Technologie für leichte, flexible Waffensysteme ein neuer Schub ab. Die neuen Kriege, welche 1991 und nach 2001 durch die USA und ihre Verbündeten im Irak und in Afghanistan geführt wurden (und werden) zeichnen sich dadurch aus, dass sie stark auf Methoden der Wirtschaftskriegsführung gegen bekämpfte Länder setzen, verbunden mit der Entwicklungsfinanzierung für befreundete Regierungen; gleichzeitig wird versucht, die wirtschaftlichen Auswirkungen des militärischen Engagements im eigenen Land ungesehen zu machen oder positiv darzustellen.

«Kriegsverschont»: die Schweiz als «neutraler Kleinstaat» und mittlere Wirtschaftsmacht

Der Schwerpunkt der Aufsätze liegt auf der Schweiz, deren Entwicklung zur Eigenstaatlichkeit in die europäische Geschichte eingeschrieben ist, die jedoch einige Spezifika aufweist, die vor allem seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert unter der Formel eines «Sonderfalls» beschrieben wurden. Mit ihrer innovativen Kriegsführung im späten Mittelalter, mit Reislauf, Solddienstkapitulationen und Neutralität wies die schweizerische Entwicklung dynamische Momente auf. Das lose Bündnisgeflecht der Eidgenossenschaft im späten Mittelalter ermöglichte den raschen Aufstieg privater Kriegsunternehmer in der Doppelrolle von «military entrepreneurs» und dominanten Magistraten und Diplomaten. Ausländische Pensionen und Dienstgelder prägten

die ökonomischen wie die politischen Strukturen der frühen Eidgenossenschaft entscheidend. Sehr viel weniger wissen wir über die wirtschaftlichen Praktiken der Söldner und ihrer Familien und noch weniger über die Kriegswirtschaft der kleinen Leute zwischen Beuteökonomie, unsicheren Soldzahlungen und risikoreichen Transfers. Hingegen zeigen Forschungsergebnisse, die in diesem Band präsentiert werden, wie sich die Honoratioren der «alten Orte» im komplexen Geflecht von militärischen Allianz- und Solddienstverträgen positionierten, das seit dem späten 15. Jahrhundert entstand. Die Institutionalisierung der Solddienste vom späteren 16. Jahrhundert an konsolidierte lokale und kantonale Eliten und schwächte protoindustrielle Entwicklungspotenziale; die Nichtbeteiligung der Eidgenossenschaft am Dreissigjährigen Krieg hatte eine positive Kapitalverkehrsbilanz zur Folge und intensivierte schweizerische Finanzdienstleistungen. Im 18. Jahrhundert versuchten die Orte der Eidgenossenschaft ihre Politik der Kriegsvermeidung und der – finanziell lukrativen – Beteiligung an den nicht abbrechenden Kriegen der Territorialstaaten fortzusetzen; die Anerkennung der «immerwährenden Neutralität» der Schweiz durch die europäischen Mächte auf dem Wiener Kongress von 1815 schien eine solche – gemessen an den Veränderungen, welche die Französische Revolution und die darauffolgenden Befreiungskriege gebracht hatten – restaurative Politik zu bestätigen. Nach der Gründung des schweizerischen Bundesstaats wurde allerdings das Problem schweizerischer Waffenexporte an die rivalisierenden und aufrüstenden europäischen Grossmächte rasch akut, dies umso mehr, als die Schweiz – weit davon entfernt, ein unbedeutender Kleinstaat zu sein – im Zuge der Industrialisierung und der Entwicklung des internationalen Finanzsystems zu einer Wirtschaftsmacht aufstieg, die ihr aussenpolitisches Potenzial bei Weitem überstieg.

Diese starke Position war allerdings mit einer wirtschaftlichen Verletzbarkeit verbunden. Wie sehr auch die neutrale Schweiz bei militärischen Kampfhandlungen abseits stand: sie war von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs ebenso betroffen, wie andere Länder. Dies zeigte sich schlagend im Ersten Weltkrieg. Auch der neutrale Kleinstaat wurde beim Kriegsausbruch durch eine Versorgungs- und Absatzkrise erschüttert; in den folgenden Jahren lösten die inflationären Methoden der Verteidigungsfinanzierung einen Verarmungsprozess breiter Bevölkerungsschichten aus; während sich das industrielle Produktionssystem dank Kriegsmaterialexporten und weiteren Absatzmöglichkeiten erholte, radikalisierte sich die Arbeiterbewegung, wodurch sich die Innenpolitik polarisierte; der Landesstreik vom November 1918 stellte den Kulminationspunkt einer klassenkämpferischen Konfrontation dar und löste auf bürgerlicher Seite ein «Generalstreiktrauma» aus, das mit ein Grund war, wieso man es in den ausgehenden 1930er-Jahren, als sich erneut ein Krieg abzeichnete, «besser» machen wollte. Durch den systematischen Aufbau einer kriegswirtschaftlichen Schattenorganisation wurden nun die Voraussetzungen für die Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme geschaffen. In den 1930er-

Jahren entstand bei den kriegswirtschaftlich Verantwortlichen ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer «strategischen Synthese». Es galt, die unter Ressourcenaspekten vielfältig konkurrierenden Zielsetzungen der militärischen Landesverteidigung, der Versorgung der Bevölkerung, der Sicherung der Arbeitsplätze und der Modernisierung der Volkswirtschaft in ein kohärentes Gesamtverteidigungskonzept zu integrieren. Rohstoffbewirtschaftung, Handelspolitik, Preiskontrollen, abgestufte Rationierung der Nahrungsmittel sowie die Mobilisierung von Truppenbeständen mussten auf ein möglichst optimales Gesamtresultat hin gestaltet werden. Auch wenn dieser komplexe Aushandlungsprozess zwischen divergierenden Interessen und antagonistischen Zielfunktionen (zum Beispiel Armee versus Arbeitsmarkt) in den meisten Fällen nicht von transparenten Prämissen ausging und nicht durch bewusste Optimierungsprozesse bestimmt wurde, lassen sich doch in verschiedener Hinsicht institutionelle und organisatorische Lernprozesse nachweisen. So dominant die Armee und die von ihr gestellten Ressourcenansprüche blieben, so umsichtig wurden nun die wirtschaftliche, die soziale und die militärische Landesverteidigung aufeinander abgestimmt. Die Meisterung dieser Aufgaben war allerdings mit der Verdrängung der Tatsache verbunden, dass der Zweite Weltkrieg eine grundlegende moralische Herausforderung darstellte. Die Schweiz als aussenwirtschaftlich stark verflochtenes und gerade in Deutschland vielfältig engagiertes Land nutzte ihr Selbstverständnis als «neutraler Kleinstaat», um sich mit den Konsequenzen ihrer Verstrickung in die nationalsozialistische Plünderungs- und Raubwirtschaft nicht auseinandersetzen zu müssen. Die Kriegswirtschaft, welche auf einer nationalen Solidarität und Zusammenarbeit basierte, überblendete die Probleme der Kollaboration mit der Deutschen Reichsbank und Rüstungswirtschaft; der kriegswirtschaftliche Nationalismus musste vielmehr die gegen die Aufnahme von bedrohten Flüchtlingen gerichtete Formel «Das Boot ist voll» legitimieren helfen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erwiesen sich die eingespielten korporatistischen Aushandlungsprozeduren als Grundlage für die Konkordanzdemokratie und die Sozialpartnerschaft der «trente glorieuses» bis Mitte der 1970er-Jahre. Der Krieg fungierte als Katalysator bereits angelegter Prozesse und stärkte die sozialfriedliche Gesellschaftsordnung, welche der Schweiz in einer langanhaltenden Phase wirtschaftlichen Wachstums eine solide Geschäftsgrundlage sicherte, nicht zuletzt durch die Kombination eines antietatistischen Wirtschaftsliberalismus und einer ausgeprägten Kartellisierung, verbunden mit der aktienrechtlich unterstützten Abwehr «unfreundlicher Übernahmeversuche» aus dem Ausland. Auch wenn sich hier einige Besonderheiten zeigen, mit denen die Elite eines territorial kleinen Staats die Kontrolle über die nationale Wirtschaft bei gleichzeitiger Öffnung auf europäische und internationale Märkte organisierte, zeigt ein historischer Blick auf das Verhältnis von Krieg und Wirtschaft doch eindrücklich, wie «normal» die schweizerische Entwicklung verlief und wie illusorisch die Alleingangsaspirationen eines «Sonderfalls»

waren. Diese Perspektive kann auch für die Fähigkeit der Schweiz sensibilisieren, immer wieder neue Nischen im internationalen Wirtschaftssystem zu finden und ertragreich auszubauen. Gleichzeitig lassen sich die Grenzen dieser Strategie erkennen; dass die während des Ersten Weltkriegs im Sommer 1915 von den Alliierten geschaffene aussenwirtschaftliche Kontrollgesellschaft S. S. S. (Société Suisse de Surveillance Economique) im Volksmund «souveraineté Suisse suspendue» hiess, bezeichnet diesen Sachverhalt auf symptomatische Weise. Die Souveränität des schweizerischen Bundesstaats war immer auch eine Funktion der internationalen Präsenz des helvetischen Werk- und Finanzplatzes; Phasen des Kriegs stellten die Lackmusprobe für souveränen Handlungsspielraum und den bitteren Beweis für sein Nichtvorhandensein dar.

Zu den einzelnen Beiträgen

Der Sammelband enthält Beiträge, die im Mai 2006 an der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte zum Thema «Kriegswirtschaft/Wirtschaftskriegsführung» vorgestellt wurden. Er verfolgt nicht den Anspruch, das breite und komplexe Forschungsfeld der Kriegswirtschaft und der Wirtschaftskriegsführung thematisch abzudecken. Vielmehr gibt er Einblick in unterschiedliche historische Untersuchungsprojekte, die zurzeit laufen oder gerade abgeschlossen worden sind. Dennoch geben die Beiträge von *Wolfgang Kaiser* und *Gerald Feldman,* die den ersten beiden Teilen des Buchs vorangestellt sind, einen problemorientierten Überblick über die Thematik und interessante Fragestellungen. *Wolfgang Kaiser* formuliert unter dem Stichwort «Gewaltökonomien» Überlegungen zum inneren Zusammenhang von Gewalt, Wirtschaft und Staatsbildung und zum institutionenbildenden Potenzial komparativer Vorteile im Gewalteinsatz, das für die Herausbildung moderner Marktwirtschaften von entscheidender Bedeutung war. Es zeigt sich, wie eng eine breite Palette von Menschenhandel und verschiedene Formen von Beutewirtschaft miteinander verschränkt waren. *Kaiser* legt vor allem «verstörende Aspekte des Tagungsthemas» frei, welche die lineare Erfolgsstory einer Modernisierungstheorie beträchtlich irritieren können. *Gerald Feldman* analysiert das Thema «Kriegswirtschaft» im Kontext entfalteter kapitalistischer Industriegesellschaften; in der Phase 1914–1945 wurden zwei Weltkriege ausgetragen, im Verlauf derer die kriegsführenden Staaten mehr als die Hälfte des gesamten Sozialprodukts für die militärischen Auseinandersetzungen zu mobilisieren vermochten, was weder vor- noch nachher je der Fall war. Diese Phase verhalf einem wirtschaftspolitischen Nationalismus auf die Sprünge, der weit in die Nachkriegszeit hineinwirkte, bevor sich wieder Globalisierungstendenzen, wie sie vor 1914 dominierten, durchsetzten.

Diese beiden Überblicksbeiträge deuten bereits das breite Spektrum von Themen, methodischen Zugängen und theoretischen Prämissen an, die in diesem Forschungsfeld zu finden sind. Der Band gliedert sich in vier Teile; das 20. Jahrhundert weist ein deutliches Übergewicht auf. In einem ersten Teil werden jedoch an Fallbeispielen zentrale Aspekte der Entwicklung der Problematik für das Mittelalter und die frühe Neuzeit dargestellt. Der Aufsatz von *Michael Jucker* fokussiert auf das Wechselverhältnis von Symbolik und Ökonomie im Umgang mit Beute und Raubgut der Burgunderkriege und der sogenannten Armagnakeneinfälle in das Elsass und die Franche Comté Mitte des 15. Jahrhunderts. Damit wird ein zu bisherigen Forschungen, die sich auf makroökonomische Aspekte der fremden Dienste konzentrierten, komplementärer, mikrohistorischer Ansatz umrissen, der auch für die Untersuchung aktuellerer Phänomene geeignet scheint. Am Beispiel des Zuger Magistraten und Militärunternehmers Beat Jakob II. Zurlauben wirft *Nathalie Büsser* ein Schlaglicht auf die vielschichtigen Wechselwirkungen zwischen diplomatischer, merkantiler und lokalpolitischer Sphäre in der Eidgenossenschaft zur Zeit des Pfälzischen Kriegs (1688–1697) und des Spanischen Erbfolgekriegs (1701–1713/14). Karrieren von Patronagemaklern und familiäre Vermögensakkumulation werden in ihrer Abhängigkeit von militärischen Expansionsbestrebungen der frühneuzeitlichen Territorialstaaten und den Aussenbeziehungen der Eidgenossenschaft analysiert.

Der zweite Teil, der mit dem Beitrag von *Gerald Feldman* eingeleitet wird, enthält drei Aufsätze zum Ersten Weltkrieg mit Ausblicken auf die Zeit danach. *Martin Lüpold* beschreibt die Entwicklung des schweizerischen Aktienrechts während der beiden Weltkriege und stellt die Frage nach den Gründen und Auswirkungen der Einführung von Namen- und sogenannten vinkulierten Aktien. Dargestellt werden die rechtlichen Massnahmen zur Prävention «wirtschaftlicher Überfremdung» und zum Nachweis des neutralen Charakters der Schweizer Unternehmen. Dabei wird das aktuelle Konzept der Corporate Governance historisiert und als Interpretationskategorie verwendet. Aus der Sicht der in Winterthur domizilierten Handelsfirma Gebrüder Volkart wirft *Christof Dejung* einen Blick auf die einschneidenden Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf den Welthandel und seine mitunter «neutralen» Akteure. Dabei wird das Bild vom «grossen Krieg» als globalem Handels- und wirtschaftlichem Abnützungskrieg gezeichnet. Ebenso geht es dem Autor um die Rückbindung des global tätigen Unternehmens auf ein akzentuiertes nationales Selbstverständnis, das der Ausbruch des Kriegs nach sich zog. *Pierre-Yves Donzé* untersucht den Strukturwandel der Uhrenindustrie in La Chaux-de-Fonds während des Ersten Weltkriegs und in der Phase der Rückkehr zur Friedenswirtschaft. Das Interesse richtet sich dabei besonders auf die Auswirkungen der Produktion von Munitionsbestandteilen auf Konzentrationsprozesse und Mechanisierungsgrad der Betriebe sowie die soziale Struktur der Patrons.

Im dritten Teil steht die Zwischenkriegszeit im Zentrum. *Cédric Humair* behandelt die Konsolidierung des Kriegsdefizits nach dem Ersten Weltkrieg. Der Verfasser fokussiert auf die vehementen Diskussionen um die Zollpolitik ab 1919 und auf ihre wegweisende Rolle für die politische Grundkonstellation der Zwischenkriegszeit. *Monique Ceni* beleuchtet die politischen und institutionellen Umstände der Einführung direkter Bundessteuern – zunächst als temporäre Kriegs- beziehungsweise Krisenabgaben vorgesehen – während des Ersten Weltkriegs sowie in der Wirtschaftkrise der 1930er-Jahre. *Michel Fior* richtet seinen Blick auf Formen der Kooperation in der Wirtschaft der Zwischenkriegszeit. Dabei stehen nichtstaatliche Regulierungsstrategien im Vordergrund. Deren Auftreten und institutionelle Ausgestaltung analysiert der Autor als Transformation in der allgemeinen Konzeption wirtschaftlicher Regulierung, ausgelöst durch Impulse und Veränderungsmomente der Kriegswirtschaft nach 1914. Am Beispiel von Streiks bei der Schweizerischen Industrie-Gesellschaft (SIG) während des Ersten und bei Bührle & Co. während des Zweiten Weltkriegs geht *Christian Koller* auf die Situation der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie ein. Er untersucht die Verhaltensmuster der Parteien des Arbeitskampfs hinsichtlich der durch den Kriegskontext prominenten Stellung der Branche und stellt im historischen Vergleich signifikante Unterschiede fest.
Der abschliessende, vierte Teil befasst sich mit Wechselwirkungen zwischen Staat und Wirtschaft in der Phase der Weltkriege und in der Nachkriegszeit. *Malik Mazbouri* und *Marc Perrenoud* skizzieren die Entwicklung des schweizerischen Finanzplatzes im Zeitraum 1914–1945 und analysieren den nachhaltigen Impakt der kriegswirtschaftlichen Massnahmen. Die Autoren weisen, ausgehend von einem komparativen Ansatz, einen kontinuierlichen Verlauf nach, der zur abrupten Ereignishaftigkeit der politisch-militärischen Entwicklungen kontrastiert. Ausgehend von Untersuchungen der «Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg» evaluiert *Dario Gerardi* die Rolle der Schweiz für die italienische Kriegswirtschaft zwischen 1936 und 1943. Analog zu den Beziehungen zu Nazideutschland ist hierbei der Devisensektor von Interesse, ebenso wie die Funktion der Schweiz als Transitland und Exporteur von Kriegsmaterial. *Gilles Forster* geht von Massnahmen der Arbeitsbeschaffung Anfang des Zweiten Weltkriegs aus, in erster Linie der Berufung eines «délégué à la crèation des possibilités de travail» im Februar 1941. Anhand von Infrastrukturprojekten berührt seine Untersuchung die Zusammenhänge von ideologischen Aspekten und handfesten strategischen Interessen und leuchtet ebenso das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Autarkie und transnationaler Marktintegration aus. *Olivier Longchamp* verfolgt die Schuldenbewirtschaftung der Schweiz im unmittelbaren Nachgang zum Zweiten Weltkrieg und geht der Frage nach, weshalb sich die Staatsverschuldung entgegen den Absichtserklärungen, die Kriegsschulden schnellstmöglich zu tilgen, bis 1955 nicht verringerte.

Forschungsperspektiven

Der Sammelband gibt nicht nur wichtige Ergebnisse der neueren historischen Forschung wieder, sondern öffnet auch interessante Untersuchungspfade. Neben dem Versuch, längerfristige Entwicklungen anhand von Fallbeispielen und in mikrohistorischen Kontexten auszuleuchten und damit verschiedene Beobachtungsperspektiven in ein produktives Wechselverhältnis zu setzen, ist vor allem die Frage des Zusammenhangs von Krieg, Nation und Wirtschaft interessant. Der Staat, der in den beiden Weltkriegen mit kriegswirtschaftlichen Massnahmen und Strategien der Wirtschaftskriegsführung stark in das ökonomische System intervenierte, legitimierte seine Rolle mit Argumenten, die «das Volk» und «die Nation» aufwerteten. Auf die Globalisierungsphase der Jahrzehnte vor 1914 folgte eine Periode, in der ein ausgeprägter Wirtschaftsnationalismus vorherrschte, der in der Schweiz mit einer Angst vor «wirtschaftlicher Überfremdung» verbunden war. Nach 1945 wurden viele protektionistische und strukturinterventionistische Massnahmen wieder abgebaut. Das Laisser-faire der Vorkriegszeit hatte aber unter strukturell veränderten Bedingungen keine Chance mehr. Um die Faktoren und Verlaufsmuster dieses säkularen Wandels zu erklären, sind weitere Forschungen notwendig; sofern diese – was ein zentrales Postulat einer kulturhistorisch inspirierten Sozialgeschichte ist – nicht der Illusion einer einheitlichen und unilinearen Entwicklung anheimfallen sollen, sind mikrohistorische Forschungen nötig, die sich auf ein limitiertes Untersuchungsfeld beziehen und hier die empirische Tiefenschärfe der Analyse erhöhen und damit die vielen Prozessen inhärenten Widersprüche und Bruchstellen sichtbar machen.

*

Kurz vor der Drucklegung dieses Buchs erreichte uns die Nachricht vom Tod Gerald Feldmans. Den Einführungsvortrag, den er am 20. Mai 2006 an der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte zum Thema «Kriegswirtschaft/Wirtschaftskriege» gehalten hatte, redigierte er noch selbst für den vorliegenden Band. Gerald Feldman ist einer der herausragenden Historiker des 20. Jahrhunderts, der die deutsche und europäische Wirtschafts- und Politikgeschichte der Nachkriegszeit geprägt hat und dessen Publikationen zu Standardwerken geworden sind. Sein Tod stellt einen grossen Verlust für die Geschichtswissenschaft dar. Im Wissen um das Wichtige, das wir ihm verdanken, möchten wir ihm diesen Band widmen.